

Vom Unsinn der Wehrpflicht

Die Debatte über die Wehrpflicht ist neu entbrannt. Die Union will sie erhalten, die Sozialdemokraten wollen sie modernisieren, FDP und Grüne wollen eine Freiwilligenarmee.

DIE LINKE ist der Meinung, dass die Wehrpflicht als Zwangsdienst mit einem modernen Verständnis von Demokratie nicht zu vereinbaren ist und deshalb abgeschafft werden muss. Insbesondere der mit der Wehrpflicht verbundene Zwang, im Ernstfall auch zu töten, ist nicht hinnehmbar. Zudem schränkt die Wehrpflicht die Grundrechte der Wehrpflichtigen ein, etwa das Recht auf körperliche Unversehrtheit, das Recht auf freie Meinungsäußerung und das Recht auf Versammlungsfreiheit.

Darüber hinaus führt das Festhalten an der Wehrpflicht zu vielen Widersprüchen:

- Die Wehrpflicht hat keine sicherheitspolitische Legitimation. Die Landesverteidigung wird längst ohne Wehrpflichtige gewährleistet. Zudem rangiert die Landesverteidigung in den sicherheits- und militärpolitischen Planungen der Bundesregierung beziehungsweise der Bundeswehr an hinterer Stelle.
- Die Wehrpflichtpraxis verstößt gegen das Prinzip der Wehrgerechtigkeit. Derzeit werden nur noch etwa 17 Prozent eines Jahrgangs von der Bundeswehr zum Grundwehrdienst einberufen.
- Die Dienstgerechtigkeit kann nicht gewährleistet werden. Die Wahrscheinlichkeit einer Einberufung zum Zivildienst ist weitaus höher als diejenige zum Grundwehrdienst.
- Der Zivildienst, der ursprünglich als Ersatzdienst gedacht war, ist inzwischen zum Regeldienst geworden. Auf 60 000 Grundwehrdienstleistende kommen mittlerweile fast 90 000 Zivildienstleistende. Die Einführung des Zivildienstes verstößt gegen das Gebot der Arbeitsmarktneutralität. Billige Zivildienstleistende wurden vor allem im Pflegebereich zu Lasten des ausgebildeten Pflegepersonals eingesetzt.

Deshalb fordert DIE LINKE: **Die Wehrpflicht gehört abgeschafft.** Hierzu bedarf es nur einer einfachen Mehrheit im Bundestag, die das Wehrpflichtgesetz aufhebt. Dies hätte angesichts des

ohnehin geringen Anteils Wehrpflichtiger in der Bundeswehr weder Auswirkungen auf die Funktionsfähigkeit noch auf die demokratische Kontrolle der Streitkräfte. Die derzeitigen Kosten der Wehrpflicht von wenigstens 1,3 Milliarden Euro stünden damit für andere gesellschaftliche Aufgaben zur Verfügung.

Die große Koalition hingegen hält unbeirrt an der Wehrpflicht fest. Die Kanzlerin liefert ein öffentliches Bekenntnis ab, die SPD lobt die Wehrpflicht als „Garant der gelungenen deutschen Streitkräfte in der Demokratie“. Mit der Tapferkeitsmedaille geht die Bundesregierung in die nächste Runde und verstärkt ihre Bemühungen zur breiten gesellschaftlichen Sinnstiftung für das Soldatentum. Lediglich eine „intelligente Weiterentwicklung der Wehrpflicht“ ist für die Sozialdemokraten denkbar. Nur im sicherheitspolitischen Ernstfall soll demnach über Freiwillige hinaus einberufen werden. Dies käme jedoch einer willkürlichen Auswahlwehrpflicht gleich.

Auch das vehemente Eintreten für eine Freiwilligenarmee von FDP und Grünen ist mit Vorsicht zu genießen. In erster Linie geht es beiden Parteien darum, die Modernisierung der Bundeswehr voranzutreiben und ihre Entwicklung hin zu einer sogenannten „Armee im Einsatz“ zu beschleunigen. Das bedeutet nichts anderes, als die Bundeswehr von einer Verteidigungsarmee in eine Eingreiftruppe umzuwandeln, die weltweit militärisch interveniert: auf dem Balkan, in Afghanistan, am Horn von Afrika, im Kongo und anderswo.

Damit stellen sich FDP und Grüne in die Tradition der Regierungen Kohl und Schröder, die den ursprünglichen Auftrag der Landesverteidigung Stück für Stück getilgt haben. Das im Grundgesetz verankerte Verbot von Angriffskriegen, die strikte Bindung von Militäreinsätzen an UNO-Mandate und das Selbstbild der Bundeswehr als Verteidigungsarmee sind dabei auf der Strecke geblieben. Vorläufiger Höhepunkt dieser Entwicklung ist der blutige Krieg in Afghanistan.

Deshalb fordert DIE LINKE die Umgestaltung der Bundeswehr zu einer Verteidigungsarmee und ihre deutliche Verkleinerung.

Redaktionsschluss: 29. Juli 2009